

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### der Abgeordneten Gottfried Ludewig und Stephan Lenz (CDU)

vom 19. Februar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Februar 2014) und **Antwort**

#### Kosten für juristische Auseinandersetzungen in Berliner Bezirken

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu 1.: Nach den Meldungen der Bezirke ergeben sich die nachfolgend aufgeführten Kosten:

1. Ist dem Senat bekannt, in welcher Höhe die Berliner Bezirke Kosten für juristische Auseinandersetzungen tragen müssen; falls ja, wie hoch waren die Kosten der juristischen Auseinandersetzungen der jeweiligen Berliner Bezirke im Zeitraum 2012/2013 (inklusive Gerichtsverfahren, außergerichtliche Vergleiche und Entscheidung)?

Bezirksamt	Frage 1	
	2012	2013
Zeitraum		
1. Mitte	168.310,00 €	176.066,58 €
2. Charlottenburg-Wilmersdorf	147.494,94 €	78.614,20 €
3. Tempelhof-Schöneberg	109.446,75 €	79.055,04 €
4. Marzahn-Hellersdorf	44.720,52 €	35.235,89 €
5. Friedrichshain-Kreuzberg	81.808,00 €	65.538,00 €
6. Spandau	15.967,86 €	11.778,86 €
7. Neukölln	96.411,24 €	116.601,31 €
8. Lichtenberg	5.518,14 €	4.123,12 €
9. Pankow	142.744,49 €	358.769,95 €
10. Steglitz-Zehlendorf	k. A.	k. A.
11. Treptow-Köpenick	77.393,02 €	19.142,07 €
12. Reinickendorf	84.260,59 €	108.188,58 €
Summe der gemeldeten Daten	974.075,55 €	1.053.113,60 €

2. Wie hoch ist der Anteil der Fälle, in denen die Betroffenen sich erfolgreich gegen Entscheidungen der bezirklichen Baubehörden gerichtlich zur Wehr gesetzt haben und in der Folge die betroffenen Bescheide aufgehoben bzw. abgeändert werden mussten?

Zu 2.: Nach den Mitteilungen der Bezirke wurden insgesamt in dem Zeitraum 2012/2013 24 Fälle gemeldet, in denen die Betroffenen sich erfolgreich gegen Entscheidungen der bezirklichen Baubehörden gerichtlich zur Wehr gesetzt haben und in der Folge die betroffenen Bescheide aufgehoben bzw. abgeändert werden mussten. Im Einzelnen stellen sich die Meldungen wie folgt dar:

<b>Bezirk</b>	<b>2012/2013</b>
Mitte	11
Lichtenberg	4
Marzahn-Hellersdorf	5
Friedrichshain-Kreuzberg	2
Neukölln	1
Reinickendorf	1
<b>Gesamt</b>	<b>24</b>

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg meldete ebenfalls eine geringe Fallzahl, allerdings als Prozentangabe. Dabei haben sich 4 % der Betroffenen erfolgreich gerichtlich zur Wehr gesetzt und in 11 % einigten sich die Parteien oder war die bezirkliche Baubehörde teilweise unterlegen.

Die Bezirke Spandau, Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf meldeten keine Fallzahlen. Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf übermittelte keine Daten.

Berlin, den 6. März 2014

In Vertretung

Straßmeir  
Senatsverwaltung für Justiz  
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Mrz. 2014)